

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2014


Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Wahlcheck: „2014: Citizen Action for better family policies“	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	2
Bestandsaufnahme der EU-Kommission zur Strategie Europa 2020	2
Treffen des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)	2
Schlussfolgerungen des EU-Rats.....	3
EuGH-Entscheidung zu sogenannten „Rückkehrerfällen“	3
EU-Gerichtshof: kein Mutterschaftsurlaubsanspruch für Leihmütter.....	3
EU-Sozialgipfel: Förderung von Arbeitsplätzen	3
EU-Kommission erreicht Gleichstellungsziele früher als geplant	3
EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit vorantreiben	3
Migration: EU-Kommission für faire, menschliche und wirksame Rückkehrverfahren.....	4
EU-Parlament unterstützt Förderung der Rechte der EU-Bürger/innen.....	4
Gleichstellungsbericht im EU-Parlament abgelehnt.....	4
EU-Kommission startet Kampagne über Verbraucherrechte	4
EU-Parlament stimmt EU-Kaufrecht zu.....	4
Rat der EU verabschiedet Revision der Tabakprodukttrichtlinie.....	4
EU-Kommission verlängert Aktionsplan zur HIV-Bekämpfung	5
ENVI-Ausschuss: EU-Strategie gegen Alkoholmissbrauch	5
Weitere Nachrichten	5
England und Wales: Gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt	5
Equal Pay Day – Entgeltgleichheit zwischen Männer und Frauen	5
Eurochild und EAPN mit eigenen länderspezifische Empfehlungen 2013/2014	5
Deutschland: Aufenthaltsrecht von EU-Bürger/innen zur Arbeitssuche zeitlich befristet.....	6
Belgien: Nachnamen-Gesetz	6
Girls Day in 15 europäischen Staaten.....	6
Berichte und Studien.....	6
FRA veröffentlicht Bericht „Gewalt gegen Frauen“	6
Eurostat über Lebenszufriedenheit der EU-Bürger/innen.....	6
Studie über Jugendarbeit in der EU	7
Eurostat: Studie über Gleichstellung von Frauen und Männer in der EU	7
Quartalsbericht der EU-Kommission zur sozialen Lage in der EU.....	7
Eurofound veröffentlicht Bericht über soziale Lage junger Menschen in der EU	7
Bericht über nationale Aktionen zur Behandlung vorsätzlicher Kindesverletzung.....	7
WHO: Übergewichtsrate bei Kindern in der EU	7
EU-Sozialdialog Newsletter veröffentlicht	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Neuigkeiten aus der COFACE

Wahlcheck: „2014: Citizen Action for better family policies“

In Vorbereitung auf die Europawahl 2014 hatte die COFACE alle politischen Gruppen im Europäischen Parlament um die Beantwortung verschiedener Fragen zu familienrelevanten Themen wie zum Beispiel Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitsplätzen, Wohnen, Migration, oder auch Energie gebeten. Als Ergebnis steht eine informative Broschüre mit den Antworten der vier größten politischen Gruppen. Mit der Broschüre soll allen Europäischen Familien eine informierte Entscheidung für die Europawahl ermöglicht werden. Um auch Familien in Deutschland die Entscheidung am Wahltag (25. Mai) zu erleichtern, hat die AGF den Wahlcheck ins Deutsche übersetzt. Der Wahlcheck wurde in einer gemeinsamen Veranstaltung von COFACE, Eurofound und der AGF am 28. März 2014 vorgestellt.

- [COFACE: Wahlcheck „Eine Hilfe für Ihre Entscheidung bei der Wahl zum EU-Parlament“](#) 
- [Eurofound Studie: Politisches Vertrauen und bürgerschaftliches Engagement in der Krise](#)

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Bestandsaufnahme der EU-Kommission zur Strategie Europa 2020

Die EU-Kommission hat eine gemischte Bilanz der Umsetzung der Ziele ihrer Wachstumsstrategie Europa 2020 gezogen. Demnach können zwar die Bildungs-, Klima- und Energieziele bis 2020 erreicht werden, jedoch nicht die Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- und Armutsziele. Die Ziele der Strategie Europa 2020 sollen mithilfe des Europäischen Semesters national umgesetzt werden und sind Gerüst für die Prioritäten der Jahreswachstumsberichte und die länderspezifischen Empfehlungen. Anfang 2015 wird die Kommission Vorschläge unterbreiten, wie die Strategie künftig umgesetzt werden sollte.

- [Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#) 

Treffen des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) ist bei seiner Tagung am 10. März 2014 u.a. zu folgenden Ergebnissen gekommen: Er hat den Qualitätsrahmen für Praktika (siehe [Europa News von Dezember 2013](#)) endgültig angenommen. Zudem führte er eine Debatte über die Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht 2014 und dem gemeinsamen Beschäftigungsbericht. Es kam zu einer Einigung über den Beschluss zum dreigliedrigen Sozialgipfel und zur Annahme der Verordnung über den EU-Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen.

Die EU Allianz für die Investition in Kinder hat anlässlich der Tagung des EPSCO in einer Pressemitteilung die Bedeutung der Bekämpfung von Kinderarmut betont. Sie fordern darin eine stärkere Bekämpfung und Verhinderung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung. Vom Erreichen der Armutsziele in der Strategie 2020 sei die EU weit entfernt. Es gäbe kein integratives Wachstum ohne die Bekämpfung und Verhinderung von Kinderarmut.

- [Wichtigste Ergebnisse des EPSCO](#)  
- [Pressemitteilung der EU Allianz für die Investition in Kinder „Kein integratives Wachstum mit steigender Kinderarmut“](#) 

Schlussfolgerungen des EU-Rats

Am 20./21. März 2014 trafen sich Staats- und Regierungschefs. Hier wurde die erste Phase des Europäischen Semesters abgeschlossen und erstmalig über die Umsetzung der Strategie Europa 2020 beraten. Weiterhin wurde über eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie als Antrieb für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung diskutiert.

EuGH-Entscheidung zu sogenannten „Rückkehrerfällen“

Der EU-Gerichtshof hat zu den Vorschriften über das abgeleitete Aufenthaltsrecht drittstaatsangehöriger Familienmitglieder von EU-Bürger/innen geurteilt. Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass nach einem längeren Aufenthalt in einem anderen EU-Staat ein/e Unionsbürger/in bei einer Rückkehr in das Heimatland der/dem drittstaatsangehörigen Ehegatten den Status eines Freizügigkeitsberechtigten vermitteln kann, wenn dieser mit ihm in dem anderen EU-Staat über einen erheblichen Zeitraum zusammengelebt hat. Umgekehrt ist eine Mitnahme der Freizügigkeit nicht möglich, wenn man sich nur kurzfristig in einem anderen Mitgliedstaat aufhält, um dort Urlaub zu machen oder zu heiraten.

- [EU-Gerichtshof über Aufenthaltsrechte von Drittstaatsangehörigen](#) 

EU-Gerichtshof: kein Mutterschaftsurlaubsanspruch für Leihmütter

Der EU-Gerichtshof hat in einem Urteil erklärt, dass nach dem EU-Recht nur Frauen, die ein Kind ausgetragen haben, einen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub haben. Frauen, deren Kind von einer Leihmutter ausgetragen wurde, können keinen Mutterschaftsurlaub beanspruchen. Leihmutterschaften sind in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich geregelt. In Großbritannien z.B. ist sie unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, in Deutschland verboten.

EU-Sozialgipfel: Förderung von Arbeitsplätzen

Institutionen der EU haben sich mit Vertreter/innen der Sozialpartner zum EU-Sozialgipfel in Brüssel getroffen. Dabei wurde die Bedeutung des sozialen Dialogs für das europäische Sozialmodell sowie das Vertrauen in die europäische Integration betont und weitere Reformen zur Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs und zur Entstehung hochwertiger Arbeitsplätze festgelegt.

EU-Kommission erreicht Gleichstellungsziele früher als geplant

Die EU-Kommission hat bekanntgegeben, dass sie die Zielvorgaben aus der Strategie für Chancengleichheit bezüglich des Frauenanteils für den Zeitraum 2010 bis 2014 elf Monate früher als geplant erreicht hat. In der Strategie der Chancengleichheit wurden Zielvorgaben für drei Bereiche festgelegt, in denen Frauen unterrepräsentiert waren: 25% für die höhere Führungsebene, 30% für die mittlere Führungsebene und 43% für Beamte ohne Führungsaufgaben. Nach den aktuellen Angaben der EU-Kommission waren am 01. Februar 2014 alle drei Zielvorgaben erreicht.

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit vorantreiben

Das EU-Parlament hat am 12. März 2014 dem EU-Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur besseren Anwendung des Rechts der Arbeitnehmer/innen auf Freizügigkeit zugestimmt. Die Mitgliedstaaten sind

damit verpflichtet, nationale Kontaktstellen einzurichten und die Unterstützung und Beratung für EU-Arbeitnehmer/innen bereit zustellen.

Migration: EU-Kommission für faire, menschliche und wirksame Rückkehrverfahren

Die EU-Kommission will bei der Ausweisung von Migranten ohne EU-Aufenthaltsrecht ein transparentes, faires und menschliche Verfahren einführen. Sie will die Zusammenarbeit und den Dialog mit Drittstaaten künftig stärker fördern. Weitere Schwerpunkte der Rückkehr- und Rückführungspolitik in den EU-Staaten sollen unter anderem die ordnungsgemäße und effektive Umsetzung der bestehenden Vorschriften und die Förderung einheitlicherer, mit den Grundrechten kompatibler Verfahren sein.

EU-Parlament unterstützt Förderung der Rechte der EU-Bürger/innen

Das EU-Parlament unterstützt die von der EU-Kommission geplanten 12 Maßnahmen zur Verbesserung der Rechte der EU-Bürger/innen. Beide sind der Auffassung, dass die EU-Bürger/innen, die in einem anderen EU-Staat leben und arbeiten, noch immer mit vielen Hindernissen im alltäglichen Leben zu kämpfen haben und Einschränkungen ihrer Rechte erfahren.

Gleichstellungsbericht im EU-Parlament abgelehnt

Das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg lehnte den Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit knapper Mehrheit ab. Der Bericht thematisiert die Situation der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Jahr 2012 und gibt Empfehlungen an den Rat, die Kommission und die einzelnen Mitgliedstaaten ab.

- [Gleichstellungsbericht von Männer und Frauen 2012](#) 

EU-Kommission startet Kampagne über Verbraucherrechte

Anlässlich des Europäischen Verbrauchertags, der jährlich am 14. März begangen wird, hat die EU-Kommission eine Kampagne über Verbraucherrechte gestartet. Damit sollen EU-Bürger/innen besser über den Verbraucherschutz und mögliche Ansprechpartner/innen informiert werden.

EU-Parlament stimmt EU-Kaufrecht zu

Das EU-Parlament hat dem EU-Kommissionsvorschlag für ein EU-Kaufrecht zugestimmt. Kunden und Unternehmen bekommen dadurch die Wahl, sich anstatt der sonst geltenden unterschiedlichen nationalen Gesetze für einen europäischen Vertrag zu entscheiden. Damit soll das grenzüberschreitende Einkaufen sicherer werden. Der Rat der EU und die Mitgliedstaaten müssen den neuen Regeln noch zustimmen.

Rat der EU verabschiedet Revision der Tabakproduktrichtlinie

Der Rat der EU verabschiedete nach Zustimmung des EU-Parlaments die Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen.

EU-Kommission verlängert Aktionsplan zur HIV-Bekämpfung

Die EU-Kommission hat den bereits bestehenden Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV verlängert und erweitert. Mit dem neuen Aktionsplan will die Kommission verstärkt gegen HIV-bedingte Stigmatisierung vorgehen und einen besseren Zugang zu freiwilligen Tests erreichen.

ENVI-Ausschuss: EU-Strategie gegen Alkoholmissbrauch

Der EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hat eine Resolution über die europäische Strategie gegen den Missbrauch des Alkoholkonsums von Minderjährigen angenommen. Die Abgeordneten fordern darin die EU-Kommission auf, eine neue EU-Alkoholstrategie für den Zeitraum 2016 bis 2022 zu erarbeiten und einen Aktionsplan mit Maßnahmen bis September dieses Jahres vorzulegen.

Weitere Nachrichten

England und Wales: Gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt

Seit dem 29. März 2014 ist die gleichgeschlechtliche Ehe in England und Wales erlaubt. Bereits seit 2005 können schwule und lesbische Paare in Großbritannien ihre Partnerschaft eintragen lassen und dadurch die gleichen Rechte und Verantwortlichkeiten wie heterosexuelle Paare erhalten.


Equal Pay Day – Entgeltgleichheit zwischen Männer und Frauen

Der Equal Pay Day ist ein internationaler Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen. In allen Staaten kennzeichnet er symbolisch oder rechnerisch den Tag, bis zum dem Frauen unentgeltlich arbeiten. In Deutschland stagniert das derzeitige Lohngefälle bei 22 Prozent. Dies ergibt 80 Tage, somit wurde der Equal Pay Day am 21. März 2014 begangen. Zum vierten Mal wurde der Equal Pay Day dieses Jahr auch auf europäischer Ebene begangen, davon zum zweiten Mal am 28. Februar, da das Lohngefälle im EU-Durchschnitt bei 16 Prozent liegt. Anlässlich des Equal Pay Day bekräftigt die EU-Kommission ihr Ziel, gegen das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern vorzugehen. Sie hat die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, neue Maßnahmen einzuführen, um das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern abzubauen. Zudem hat die EU-Kommission aktuelle Zahlen über den durchschnittlichen Stundenlohn von Frauen und Männern veröffentlicht. Dabei wird deutlich, dass sich das Lohngefälle in den letzten Jahren kaum verändert hat und bei ca. 16 Prozent stagniert.

- [Empfehlung der EU-Kommission für mehr Lohntransparenz](#) 

Eurochild und EAPN mit eigenen länderspezifische Empfehlungen 2013/2014

Eurochild und das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) haben jeweils Alternativvorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen für 2014 veröffentlicht. Beide fordern ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und sozialer Dimensionen, die Notwendigkeit des Europäischen Semesters, um die Ziele der Strategie 2020 zu erreichen und ein stärkeres Reagieren auf die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien in der gesamten EU.

- [Eurochild: Bericht über länderspezifische Empfehlungen \(CSR\) 2014](#)  
- [EAPN: Vorschläge für Länderspezifische Empfehlungen \(CSR\) 2014](#)  

Deutschland: Aufenthaltsrecht von EU-Bürger/innen zur Arbeitssuche zeitlich befristet

Die Bundesregierung hat dem Zwischenbericht des Staatssekretärs-Ausschusses zugestimmt. Dieser enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Daten-, Fakten- und Rechtslage zur Zuwanderung von Unionsbürger/innen nach Deutschland und gibt Handlungsempfehlungen, wie ein Missbrauch des Freizügigkeitsrechts verhindert werden kann. Es soll eine Wiedereinreisesperre im Fall des Rechtsmissbrauchs vorgesehen und eine Befristung des Aufenthaltsrechts für Zuwanderer zur Arbeitssuche eingeführt werden. Auch im Bereich der Familienleistungen und des Kindergelds soll durch gesetzliche Anpassungen ein Missbrauch erschwert werden.

- [Zwischenbericht "Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten"](#) 

Belgien: Nachnamen-Gesetz

Die erste Kammer im belgischen Bundesparlament hat dem Gesetzesentwurf für Nachnamen (siehe [Europa News von Februar 2014](#)) mit einer „Wechselmehrheit“ zugestimmt. Zukünftig haben Eltern in Belgien mehrere Möglichkeiten für die Vergabe des Familiennamens an ihre Kinder. Können sich die Eltern nicht auf eine der Möglichkeiten einigen, erhält das Kind automatisch den Nachnamen des Vaters.

Girls Day in 15 europäischen Staaten

Der Girls Day ist ein jährlich stattfindender Aktionstag, der speziell Mädchen und Frauen motivieren soll, technische und naturwissenschaftliche Berufe zu ergreifen. Er soll damit dazu beitragen, den Anteil der weiblichen Beschäftigten in sogenannten „Männerberufen“ zu erhöhen. Mittlerweile gibt es den Girls Day in fünfzehn Staaten Europas. Üblicherweise wird er am vierten Donnerstag im April eines Jahres begangen, 2013 fand er aufgrund der Osterferien jedoch bereits am 27. März statt.

Berichte und Studien

FRA veröffentlicht Bericht „Gewalt gegen Frauen“

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) veröffentlichte die Ergebnisse der weltweit größten Erhebung über Gewalt gegen Frauen im Privatleben, am Arbeitsplatz, im Internet und in der Öffentlichkeit. Befragt wurden 42.000 Frauen in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Der Bericht belegt die weit verbreitete Gewalt gegen erwachsene Frauen und schildert auch die körperliche und sexuelle Gewalt, die Frauen in der Kindheit erfahren haben. In den Schlussfolgerungen macht die FRA deutlich, dass es notwendig sei, Maßnahmen gegen die weit verbreitete Gewalt zu ergreifen und die Bedürfnisse und Rechte der Gewaltopfer nicht nur auf einem Papier festzuhalten, sondern auch in die Praxis umzusetzen.

- [Bericht der FRA: Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Umfrage](#)  

Eurostat über Lebenszufriedenheit der EU-Bürger/innen

Eurostat hat Zahlen über die Lebenszufriedenheit der EU-Bürger/innen in der EU veröffentlicht. Indikatoren, die in die Lebensqualität einfließen, waren unter anderem: materielle Lebensbedingungen, Gesundheit, Bildung, Freizeit und soziale Interaktionen, wirtschaftliche und physische Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, natürliche Umgebung und Wohnumfeld. Laut Eurostat sind die Dänen/innen die zufriedensten

Europäer/innen, gefolgt von den Finn/innen und Schweden/innen. Am unzufriedensten sind die Menschen in Ungarn. Die Deutschen sind geringfügig zufriedener mit ihrem Leben als der EU-Durchschnitt.

Studie über Jugendarbeit in der EU

Die EU-Kommission hat eine Studie zum Thema "Arbeit mit jungen Menschen: der Wert der Jugendarbeit in der EU" veröffentlicht. Darin werden die zahlreichen verschiedenen Praktiken der Jugendarbeit, die Vielzahl der Akteure und die innerhalb des Sektors erkennbaren Trends und Bedeutungen der Jugendarbeit verdeutlicht. Außerdem werden in dem Bericht Merkmale einer erfolgreichen Jugendarbeit sowie die verschiedenen Resultate dargestellt. Darüber hinaus gibt die Studie einen vergleichenden Überblick über die Rahmenbedingungen, die auf einzelstaatlicher Ebene für die Jugendarbeit in der EU gelten.

- [Studie „Arbeit mit jungen Menschen: der Wert der Jugendarbeit in der EU“](#)  

Eurostat: Studie über Gleichstellung von Frauen und Männer in der EU

Eurostat veröffentlichte anlässlich des Internationalen Frauentags, der weltweit am 08. März begangen wird, eine Studie zur Gleichstellung von Frauen und Männer in der EU. Unter anderem wurden Fragen wie „Wer verlässt die Schule eher – Frauen oder Männer? Welche Studienfächer sind bei Frauen beliebt bzw. unbeliebt? Angesprochen werden ebenso Fragen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in der EU.

- [Pressemitteilung von Eurostat mit den wichtigsten Ergebnissen zur Studie](#)

Quartalsbericht der EU-Kommission zur sozialen Lage in der EU

Der aktuelle Quartalsbericht zur sozialen Lage der EU zeigt die Zahlen für das dritte und das vierte Quartal 2013. Darin wird deutlich, dass die Erholung auf den Arbeitsmärkten in der EU weiterhin schwach ist und immer mehr Menschen auf ihre Ersparnisse zurückgreifen müssen oder Schulden machen, um die Lebenskosten zu decken.

- [Quartalsbericht zur sozialen Lage in der EU](#)

Eurofound veröffentlicht Bericht über soziale Lage junger Menschen in der EU

Eurofound hat einen Bericht über die soziale Lage der jungen Menschen in der EU veröffentlicht. Dieser bietet einen vergleichenden Einblick in die EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die soziale Situation der Jugend und deren Trends. Die Ergebnisse zeigen, dass die Anzahl der Jugendliche, die noch zu Hause bei ihren Eltern wohnen, in den letzten Jahren gestiegen ist. Männer seien davon stärker betroffen als Frauen.

- [Bericht von Eurofound über die soziale Lage junger Menschen in der EU](#) 

WHO: Übergewichtsrate bei Kindern in der EU

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) berichtet, dass bis zu 27 Prozent aller 13-jährigen und 33 Prozent aller 11-jährigen Kinder in Europa übergewichtig seien. Aus dem Bericht geht hervor, dass es Frankreich und den skandinavischen Ländern gelungen ist, die Übergewichtsrate bei Kindern zumindest zu stabilisieren, indem sie Programme für gesunde Ernährung umgesetzt, Steuern auf bestimmte Nahrungsmittel erhöht, Werbebeschränkungen eingeführt sowie weitere Programme gefördert und körperliche Betätigung angeregt haben.

Bericht über nationale Aktionen zur Behandlung vorsätzlicher Kindesverletzung

Die Europäische Allianz für Kinderschutz hat einen Bericht zur vorsätzlichen Kinderverletzung veröffentlicht. Der Bericht zeigt Zahlen und Daten über die vorsätzliche Kindesverletzung in der EU. Er untersucht vorhandene politische Maßnahmen zur Behandlung dieser vorsätzlichen Kindesverletzung. Die Ergebnisse in zeigen, dass zwar viele politische Maßnahmen ergriffen werden, aber noch mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass sie umfassend umgesetzt, implementiert und unterstützt werden, um die gewünschte Wirkung zu erreichen.

- [Bericht über nationale Aktionen zur Behandlung vorsätzlicher Kinderverletzung](#)  

EU-Sozialdialog Newsletter veröffentlicht

Die EU-Kommission hat die sechste Auflage des EU-Sozialdialogs Newsletter veröffentlicht. Dieser beinhaltet die Entwicklungen des europäischen sozialen Dialogs und beschreibt spezifische Funktionen der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Rolle des sozialen Dialogs in der Industriepolitik.

- [EU-Sozialdialog Newsletter](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- OECD: Women's Leadership in Public Life: "[Fostering Diversity for Inclusive Growth](#)" (02. bis 04. April 2014, Paris)
- Eurochild: "[The role of EU grandparents in childcare](#)" (03. April 2014, Paris)
- Bundeszentrale für politische Bildung: "[„Gekommen, um zu bleiben? Flucht und Asyl in Deutschland und Europa“](#)" (07. April 2014, Berlin)
- COHEHRE: "[Reconciling Work and Family in Health and Social Care Education](#)" (09. bis 11. April 2014, Groningen)
- Deutsches Institut für Altersvorsorge: "[„Rente auf Pump? Sozialsysteme in Europa“](#)" (10. April 2014, Berlin)
- Verdi: "[„Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik - Gute Arbeit in Europa?“](#)" (11. bis 12. April 2014, Berlin)
- PublicPolicyExchange: "[Tackling Childhood Obesity in Europe through Prevention and Partnership](#)" (22. April 2014, Brüssel)
- The National Network for Children, Eurochild, Child Rights Connect, ChildPact, UNICEF: "[7th Regional Meeting of NGOs Children's Rights Coalitions in Europe](#)" (28. bis 30. April 2014, Sofia)
- Griechische Ratspräsidentschaft, COFACE: "[Families in the crisis](#)" (28./29. April 2014, Athen)
- International Students' Committee (ISC): "[The Clash of Generations](#)" (08./09. Mai 2014, St. Gallen)
- ICCFR: "[The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family](#)" (12. bis 15. Mai 2014, Brüssel)
- PublicPolicyExchange: "[Employment and Social Inclusion in Europe: Developing Skills and Supporting Disadvantaged Groups](#)" (14. Mai 2014, Brüssel)
- Inclusion Europe and Mencap: "[Europe in Action 2014: Growing up with an intellectual disability](#)" (15. bis 17. Mai 2014, Belfast, UK)
- COFACE: „Run for Work-Life Balance- 20km Lauf in Brüssel“ (18. Mai 2014, Brüssel)

- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["European responses to violence against children"](#) (28. Mai 2014, Liverpool)
- European Platform of Women Scientists: [„New Perspectives for Women Scientists' Careers in Europe“](#) (11. Juni 2014, Paris)
- Work and family research network (WFRN): ["Changing Work and Family Relationships in a Global Economy"](#) (19. bis 21. Juni 2014, New York)
- Jugend für Europa: [„Europa in der Kinder- und Jugendhilfe“](#) (24. Juni 2014, Berlin)
- Eurochild: [„Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families“](#) (26. bis 28. November 2014, Bucharest)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Protecting children as consumers: European perspectives"](#) (15. September 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Children's rights and the global economic crisis"](#) (03. November 2014, Brüssel)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
